Pressemitteilung **Offene Linke Ansbach e.V.** **12.01.2009**

Verfehlte Bauplanung am Urlas – Zerstörungswerk begonnen:

Baubehörden und US-Armee missachten Stadtratsbeschluss

Starke Zunahme bei Beschwerden über Hubschrauberlärm

„Welcher Häuslebauer fängt im Dezember das Graben an?“ – diese Frage muss man der US-Armee und dem Staatlichen Bauamt Nürnberg (StBaN) stellen, die just zum Winteranfang mehrere Hektar wertvolle Naturfläche am Urlas zerstören haben lassen.
Seitdem prägt die Nordwest-Ecke der Heide eine Mondlandschaft mit vereisten Baggern.

Dass das StBaN und die Generalunternehmen (GU) mit ihrer Erfahrung wissen müssten, dass frühestens im März umfangreiche Tiefbaumaßnahmen möglich sein werden und trotzdem teuer gemietete Bagger und Containerwohnungen im Hochwinter zur Schau stellen, leistet Bedenken an der Handlungsweise Vorschub.

Gleichzeitig ist die Frage der Verkehrsanbindung der geplanten Militärsiedlung seit dem einstimmigen Stadtratsbeschluss vom 13.11.08 gegen den überdimensionierten Urlas-Knoten am Soldatenweiher und für den Kreisverkehr am Windmühlberg wieder völlig offen.
Diese Frage wird derzeit auch vom Bundesverkehrsministerium geprüft. Bei Realisierung des Kreisels sind die bestehenden US-Pläne überholt, da die Armee zusätzlich eine mehrere Millionen Euro teure Zufahrtsstraße zahlen muss, wofür keinerlei Mittel eingeplant sind.

Offenbar versucht das Militär und das StBaN Fakten zu schaffen, um somit auf die Entscheidung zwischen Kreisverkehr und Knoten (den der deutsche Steuerzahler allein finanzieren müsste) einzuwirken.
Die US-Armee scheint es bereits gewohnt zu sein, dass der deutsche Staat deren Kriegsspielplätze großzügig mitfinanziert. Allerdings ist die Tatsache, dass der Stadtratsbeschluss über den Kreisverkehr in keiner Weise bei der Bauplanung berücksichtigt wurde und wird, ein Schlag ins Gesicht des kommunalen Selbstverwaltungsrechts und des Subsidiaritätsprinzips.

Daher erneuert die Offene Linke ihre Forderung an Armee und StBaN, alle Bau vorbereitenden Maßnahmen am Urlas unverzüglich einzustellen, bis Klarheit über die Verkehrsanbindung, die daraus resultierende neue Kostensituation und die Folgen für die militärischen Gesamtplanungen herrscht.
Zudem steht im Frühjahr die Hauptverhandlung über die Klage des Bund Naturschutz gegen die Militärsiedlung am Urlas noch bevor.

Auch die Belastung für die Bevölkerung in Folge der kriegsvorbereitenden Hubschrauberüberflüge nimmt seit Jahresbeginn deutlich zu. Die Beschwerden über die Lärmbelästigung beinhalten vermehrt Beobachtungen über Verstöße gegen Flugbeschränkungen. So seien US-Helikopter, die Bestimmungen missachtend, mehrfach über die Ansbacher Kernstadt geflogen.
Die Offene Linke fordert die Stadt Ansbach auf, mit Nachdruck die Einhaltung der Beschränkungen gegen die US-Armee durchzusetzen. Die Beschaffung von technischem Überwachungsgerät wie Lärm- und Höhenmesser schafft belastbare Daten, trägt zur Sensibilisierung der Piloten bei und stärkt den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm.

Gez.
Boris-André Meyer, Stadtrat